

Kein Abschied vom Lager

Die Abschaffung der «Umerziehung durch Arbeit» ändert wenig am Gefängnisystem in China

Durch die Abschaffung der umstrittenen administrativen Bestrafung mit «Umerziehung durch Arbeit» wird in China ein Missstand beseitigt. Was an deren Stelle tritt, ist jedoch noch offen. Die Arbeitslager für gerichtlich Verurteilte existieren weiter.

Markus Ackeret, Peking

An dem Tag, an dem die Abschaffung der «Umerziehung durch Arbeit» in China bekanntwurde, hat Ye Jinghuan keine Erleichterung gespürt. Im Gegenteil — die Wut stieg erst recht in der 61-jährigen Pekinger Bürgerrechtsaktivistin hoch. 21 Monate ihres Lebens hatte sie in einem Umerziehungslager verbringen müssen, weil die Polizei genug gehabt hatte von ihrem Aufbegehren. Keiner, der Ye während dieser harten Zeit am Südrand von Peking schikaniert und gedemütigt hat, wird sich je dafür verantworten müssen. Was als Beitrag für die Verbesserung der Menschenrechtssituation gepriesen wurde, festigte Yes Gefühl der Ohnmacht gegenüber der Willkür des Staates.

Untragbares Mass an Willkür

Im Rahmen seiner Beschlüsse am sogenannten dritten Plenum kündigte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Mitte November die Abschaffung der «Umerziehung durch Arbeit» (chinesisch: Laojiao) an. Die Strafe war seit langem umstritten. Anfang 2013 hatte die Partei bereits angedeutet, dass es damit ein Ende haben könnte, doch war lange unklar geblieben, wie ernst es ihr mit der Abschaffung ist. «Umerziehung durch Arbeit» in besonderen Straflagern ist eine administrative Massnahme und keine auf dem juristischen Weg verhängte Strafe. Entsprechend anfällig war sie für Willkür. Gegen die Entscheidung, die von der Polizei getroffen wurde, konnten keine Rechtsmittel eingelegt werden. Vor allem Bürger, die die öffentliche Ruhe und Ordnung «störten» — Bittsteller, Demonstranten, Kleinkriminelle, Prostituierte, Drogensüchtige, Sektenmitglieder —, waren zuletzt in den Arbeitslagern für bis zu drei Jahre interniert. 1957 war die Strafe eingeführt worden, zunächst, um «Rechtsabweichler» und andere politische Querdenker wegzusperren. Die Lager sollten helfen, die Gesellschaft zu konsolidieren und nach Jahren des Bürgerkriegs und der revolutionären Zustände zur Ordnung zu bringen, hiess es als Rechtfertigung in einem Artikel der Zeitung «China Daily» vor kurzem.

Wang Gongyi vom Rechtswissenschaftlichen Institut des chinesischen Justizministeriums findet es richtig, dass «Umerziehung durch Arbeit» in der bisherigen Form bald Vergangenheit sein wird — um die Menschenrechte zu schützen, wie er im Gespräch sagt. Er argumentiert dabei in erster Linie juristisch. Das revidierte Strafgesetzbuch aus dem Jahr 2000 sehe vor, dass Freiheitsentzug nur auf gerichtlichem Weg verfügt werden könne. Weil «Umerziehung durch Arbeit» aber eine administrative Strafe sei, widerspreche sie dem Sinn des Gesetzgebers. Das Ministerium für öffentliche Sicherheit habe «Umerziehung durch Arbeit» nicht aus seiner Hoheit entlassen wollen, sagt Wang.

Die rechtliche Situation und der Umstand, dass verschiedene Fälle von — auch aus Wangs Sicht — zu Unrecht in diese Form der Arbeitslager geschickten Personen für Aufsehen in der Gesellschaft gesorgt hatten, trugen zur Entscheidung des Zentralkomitees bei. Einer dieser Fälle hatte die Mutter eines vergewaltigten und zur Prostitution gezwungenen Mädchens betroffen, die so lange für die Bestrafung der Peiniger ihrer Tochter eingetreten war, bis die Polizei sie wegen Störung der öffentlichen Ordnung zur «Umerziehung» schickte. Die öffentliche Empörung darüber, vor allem im Internet, war so gross, dass die Frau kurze Zeit später freigelassen wurde.



Durch die Abschaffung der «Umerziehung durch Arbeit» wird das Wesen der Straflagern in China nicht verändert. IMAGE CHINA

Wenngleich Wang Gongyi in rechtlicher Hinsicht die Abschaffung der administrativen Strafe gutheisst, scheint er sie auch ein wenig zu bedauern. Aus seiner Sicht war die ursprüngliche Intention von «Umerziehung durch Arbeit» durchaus ehrenwert. Verschickung in ein Laojiao-Arbeitslager habe bedeutet, später nicht als vorbestraft zu gelten. Auch seien die Bedingungen in den Lagern besser als im Strafvollzug. Insassen dürften nach der Arbeit Zeit mit Sport und in der Bibliothek verbringen. Zudem seien sie näher bei ihren Angehörigen untergebracht und könnten sogar zwischendurch nach Hause gehen, behauptet Wang. Ziel müsse es sein, bei leichten Vergehen die Betroffenen auf den richtigen Weg zurückzubringen. Der Umgang sollte jenem von Eltern mit ihren Kindern, Lehrern mit ihren Schülern oder Ärzten mit ihren Patienten entsprechen, meint er.

Wangs Schilderungen kontrastieren sehr stark mit den Erfahrungsberichten von Opfern wie Ye Jinghuan, die fünf Jahre nach ihrer Freilassung vom Erlebten weiterhin traumatisiert ist. Sie antwortet besonnen auf die Fragen über ihre Zeit im Laojiao, aber sie wird rasch nervös, wenn sie über einzelne Vorkommnisse erzählt oder versucht, das Erlebte mimisch darzustellen: verordnete Posen beim Sitzen, die demütigende Verteilung des Essens, die Anweisungen der Bewacher. Diese liessen die Insassen nur zu bestimmten Zeiten zur Toilette und begründeten das zynisch damit, dass sie die Gefangenen wie Menschen behandelten: Diese könnten ihre Bedürfnisse kontrollieren,

Hunde dagegen nicht. Zeit für sich selbst oder für sportliche Tätigkeiten, wie sie Wang erwähnt, gab es für Ye im Lager im südlichen Pekinger Bezirk Daxing nicht. In dem Raum, in dem auch geschlafen wurde, musste sie, zusammen mit zwölf Mitgefangenen, täglich wie am Fließband Milchpackungen zusammensetzen. Tag und Nacht brannte Licht in der Zelle, und über eine Kamera wurden sie rund um die Uhr überwacht. Einmal im Monat durften Familienmitglieder zu Besuch kommen; Hafturlaub gab es nicht.

Neue Strafen gesucht

Seit klar ist, dass «Umerziehung durch Arbeit» in der bisherigen Form verschwinden wird, mutmassen Fachleute, ehemalige Insassen und Medien darüber, was mit den bisherigen Lagern geschehen wird und wie künftig die Sicherheitskräfte mit jenen umgehen werden, die bis anhin administrativ mit Laojiao bestraft wurden. Wang Gongyi vom Justizministerium nennt es eine «komplexe Situation» und verweist darauf, dass zunächst verschiedene Gesetze angepasst werden müssten. Er geht davon aus, dass Kleinkriminelle nun an die Justiz überstellt und auf gerichtlichem Weg verurteilt werden. In anderen Fällen dürften öfter Ordnungsbussen ausgesprochen werden, vermutet er.

Berichte in chinesischen Medien über bisherige Laojiao-Lager deuten darauf hin, dass manche in «Drogen-Rehabilitationszentren» umgewandelt werden. Anzunehmen ist, dass sich dort das Regime nicht wesentlich vom frühe-

ren unterscheidet. Und solange die politische Toleranz für Andersdenkende und jene, die sich für ihre Rechte wehren, nicht grösser wird, wird die Polizei für Personen wie Ye Jinghuan immer Wege finden, um sie in Gewahrsam zu nehmen. Bürgerrechtsorganisationen befürchten, dass künftig ein fadenscheiniger juristischer Grund dafür gesucht wird, politisch Unbequeme auf gerichtlichem Weg zu verurteilen. Auch die informellen Gefängnisse («schwarze Gefängnisse») der Polizei und lokaler Behörden, in denen bereits jetzt viele Petitionäre festgehalten werden, könnten nach Ansicht von Ye und von Menschenrechtsgruppen verstärkt als Ersatz für Laojiao genutzt werden. Mit einer Form von «Hausarrest», die auch ausserhalb der eigenen vier Wände angeordnet werden kann, steht den Behörden überdies ein gesetzlich verankertes, umstrittenes Mittel zur Verfügung, um unliebsame Personen zeitweilig aus dem Verkehr zu ziehen.

Für Renée Xia von der Menschenrechtsorganisation China Human Rights Defenders ist die Gefahr gross, dass auch künftig jene, die zu «Umerziehung durch Arbeit» geschickt worden waren, der Willkür lokaler Behörden ausgeliefert sein werden. Sie sieht die Bemühungen, verurteilte Delinquenten lokalen Gemeinschaften zur «Besserung» zu überlassen, deshalb sehr skeptisch. Oft seien dann gerade jene Funktionäre, gegen die die Bestraften protestiert hätten, für den Vollzug dieser Besserungsarbeit zuständig, sagt sie. «Besserung in der Gemeinschaft» («community correction») erscheint den chinesischen

Justizbehörden aber als zukunftsreiche Alternative zu Laojiao oder Gefängnis. Erste Versuche gibt es bereits. Wang Gongyi hält diese Form der Bestrafung, die durch Gerichte ausgesprochen wird und dadurch gesetzeskonform ist, für sehr locker. Verurteilte würden von lokalen Büros des Justizministeriums zu gemeinnütziger Arbeit eingeteilt. Allerdings fehlt es meist noch an Personal dafür, und ein Vizejustizminister verneinte jüngst, «Besserung in der Gemeinschaft» sei ein Ersatz für «Umerziehung durch Arbeit».

Es ist irreführend, wegen der Abschaffung von «Umerziehung durch Arbeit» das Ende der Straflagern auszurufen. Laojiao war eine ganz besondere Form davon, unter der viele leiden mussten. Die Beendigung dieser administrativen Haft ist ein wichtiger Reformschritt. Das äusserst opake chinesische Gefängnis- und Straflagersystem bleibt aber davon unberührt. Es untersteht dem Justizministerium und breitet sich über die ganze Volksrepublik aus. Bis 1995 hiess das Lagersystem Laogai (im Unterschied zu Laojiao), ein chinesisches Akronym für «Reform durch Arbeit». Unter der Bezeichnung ist es bis heute bekannt und berichtigt, und die Namensänderung in «Gefängnis» (chinesisch Jianyu) war, wie damals in Parteimedien unverhohlen bemerkt wurde, auch keine programmatische, sondern eine propagandistische Entscheidung.

Mit Laogai verbinden sich eine düstere Ahnung von Lagern in unwirtlichen Gegenden und schwerer Zwangsarbeit und ein Vergleich mit dem sowjetischen Gulag-System (vgl. Kasten). Der Verzicht auf die Bezeichnung hat an der Existenz von Arbeitslagern, in die gerichtlich verurteilte kriminelle und politische Delinquenten eingewiesen werden, nichts geändert. Renée Xia von China Human Rights Defenders sagt, auch die «Reform durch Arbeit» sei weiterhin Bestandteil des Systems. «Reform durch Arbeit» verweist auf die Absicht, die Gefangenen umzuerziehen. Neben harter körperlicher Arbeit, früher für Infrastrukturbauten in abgelegenen Regionen, später vor allem in angegliederten Fabriken, nimmt die Umerziehung der Insassen eine wichtige Rolle im chinesischen Strafvollzug ein — dies im Unterschied zum sowjetischen Gulag und zum heutigen russischen Gefängniswesen, die die ursprünglichen ideologischen Ziele der Umerziehung zu «neuen Menschen» spätestens seit der Stalinzeit aus den Augen verloren haben.

Erziehung zur Arbeitsmoral

Wang Gongyi vom Justizministerium betont, es gehe vor allem auch darum, die Gefangenen Arbeitsmoral zu lehren. Zugleich wolle man ihnen aber auch Fertigkeiten beibringen, damit sie nach der Freilassung einfacher zurück in die Gesellschaft fänden. Die Betriebe, in denen die Insassen arbeiten, gehören nicht mehr wie früher zum Gefängnis-komplex. Sie liegen ausserhalb und firmieren als eigenständige Unternehmen. Wang sagt, aus diesem Grund seien in den vergangenen Jahren viele der zuvor entlegenen Haftanstalten näher an städtische Zentren gerückt, wo sich die Industrie befinde. Mehrere Milliarden Yuan seien in die Verlegung und den Neubau von Gefängnissen geflossen.

Inwieweit sich die so geschilderten Vollzugsanstalten im Dunstkreis des alten Laogai-Systems befinden oder tatsächlich so modern sind, wie Wang sie darstellt, lässt sich nur schwer beurteilen. Die Menschenrechtsaktivistin Renée Xia ist davon überzeugt, dass nach wie vor in den meisten Gefängnissen harsche Bedingungen herrschen und viele von diesen auch weiterhin in abgelegenen Gegenden lägen. Die Insassen, schreibt sie in einer schriftlichen Stellungnahme, hätten alles zu produzieren, was am Markt gefragt sei. Diese sehr ferne Welt der chinesischen Gefängnisse mag Neuerungen erleben. Mit dem proklamierten Ende der willkürlichen «Umerziehung durch Arbeit» hat sie sich jedoch nicht verändert.

Chinas schwarzer Fleck

in China erst spät eingeführt worden und dienen in der späten Kaiserzeit lediglich der Unterbringung während der Untersuchungen. Verurteilte Straftäter wurden zu Zwangsarbeit in entlegene Regionen verbannt. Gefängnisse fanden erst nach dem Ende der Qing-Dynastie durch Orientierung an westlichen Rechtstraditionen grossflächige Verbreitung unter der nationalistischen Regierung. Die Kommunisten orientierten sich schon vor ihrer Machtübernahme am sowjetischen Vorbild. Nach dieser Lesart ging es um «Umerziehung» der Missetäter, doch führten sie ganz eigentlich ein Terrorregime ein, das später der Unterdrückung und Konsolidierung der Macht diene.

Das Lagersystem wurde nach der Machtübernahme eingeführt. Gefangene, oft Andersdenkende, wurden in weit entlegene Regionen in den Randgebieten des Staates geschickt, wo sie

lange Zeit vor allem im Infrastrukturausbau und bei der Landbewirtschaftung eingesetzt wurden. Xinjiang, Qinghai und Gansu galten als Lagerprovinzen — so wie die Kolyma, Nordrussland oder die kasachische Steppe im Gulag. Obwohl die wirtschaftliche Komponente wichtig war, mussten die Lager in erster Linie die Selbstversorgung der Gefangenen sicherstellen und die ideologischen Aufgaben der «Gedankenreform» wahrnehmen. Wirtschaftlich war das System denn auch nach Einschätzung von Domenach ein Misserfolg.

Die Unterstellung des Laogai unter das Justizministerium im Jahr 1983 bedeutete einen Machtverlust für den Sicherheitsapparat. Heute bildet das Gefängniswesen eine Abteilung des Ministeriums. Für die Bewachung ist allerdings, im Unterschied etwa zu Russland mit seiner integralen Gefängnisbehörde, die Polizei zuständig.